Stand: 16.12.2025 01:58:26

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/15175

"Mindestlohn sicherstellen - engmaschige Kontrollen gewährleisten!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/15175 vom 31.01.2017
2. Plenarprotokoll Nr. 94 vom 01.02.2017
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/16052 des WI vom 16.03.2017
4. Beschluss des Plenums 17/16230 vom 29.03.2017
5. Plenarprotokoll Nr. 100 vom 29.03.2017

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 31.01.2017 **Drucksache** 17/**15175**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Kathi Petersen** und **Fraktion (SPD)**

Mindestlohn sicherstellen – engmaschige Kontrollen gewährleisten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unverzüglich alle notwendigen Anstrengungen zu unternehmen, um eine flächendeckende Anwendung des Mindestlohngesetzes auch bei sogenannten Minijobs zu gewährleisten.

Insbesondere ist darauf hinzuwirken, dass die Einhaltung des Gesetzes engmaschig kontrolliert wird und Betriebe ihrer Dokumentationspflicht bzgl. der tatsächlich geleisteten Arbeitszeiten ihrer Beschäftigten in ausreichendem Maße nachkommen.

Zu diesem Zwecke hat sich die Staatsregierung auf Bundesebene auch für eine personelle Aufstockung der zuständigen Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) einzusetzen.

Begründung:

Eine aktuelle Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung zeigt, dass der gesetzliche Mindestlohn bei knapp der Hälfte (44 Prozent) der Minijobber in Deutschland umgangen wird. Der Anteil der Minijobs mit einem Stundenlohn von unter 8,50 Euro (was dem Mindestlohn nach Stand 2015 entspricht) sank im Jahr 2015 nur leicht im Vergleich zu 2014 – dem letzten Jahr vor Einführung des Mindestlohns.

Dabei hat die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes gerade für geringfügig Beschäftigte (Minijobber) eine besondere Bedeutung: Im Geltungsbereich des Mindestlohns stellen sie zwar nur etwa 9 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (im Hauptbeschäftigungsverhältnis) dar, aber gut 34 Prozent derjenigen, deren Löhne aufgrund des seit 2015 geltenden Gesetzes aufgestockt werden müssten – was jedoch in vielen Fällen nicht geschehen ist, wie die Autoren der Studie feststellen: „Die Zahlen lassen keinen Zweifel daran, dass die Betriebe bei einem erheblichen Teil der Minijobber nicht wie gesetzlich vorgeschrieben die Löhne erhöht haben."

Bei mehr als 23 Prozent der Verträge waren bspw. so lange Arbeitszeiten vereinbart worden, dass bei einem Verdienst von maximal 450 Euro im Monat der Lohn schon rechnerisch unter 8,50 Euro liegen muss. Teilweise werden sogar extrem niedrige Stundenlöhne bezahlt: So bekommt laut der Erhebung etwa jeder fünfte Minijobber weniger als 5,50 Euro brutto pro Stunde.

Um diesen gravierenden Missstand zu beheben und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser zu schützen, sind engmaschigere Kontrollen unabdingbar. Nur so kann sichergestellt werden, dass Unternehmen ihrer Dokumentationspflicht bzgl. der tatsächlichen Arbeitszeiten ihrer Beschäftigten in ausreichendem Maße nachkommen.

Da die zuständige Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) diesbezüglich personell an ihre Grenzen kommt, hat sich die Staatsregierung außerdem auf Bundesebene für eine angemessene personelle Aufstockung einzusetzen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

tung der gesamten Gesellschaft und damit jedes einzelnen Bürgers und jeder einzelnen Bürgerin. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung der Kollegin Wild.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrter Herr Staatssekretär Georg Eisenreich! Natürlich will auch die SPD diesen Bericht, wenngleich man aufgrund Ihres Redebeitrags inzwischen genau weiß, was passiert. Nichtsdestoweniger haben wir jetzt die Gelegenheit, die ganze Problematik auf den Prüfstand zu stellen. Ich habe mich über die Aussage der Kollegin Eiling-Hüting gefreut, und auch Sie haben das gesagt: Da, wo Lücken sind, werden Sie gegebenenfalls nachbessern.

Ich meine, es gibt durchaus Lücken; wenn man sich mit den Lehrkräften unterhält, erfährt man dies. Ich hätte gerne eine Aussage von Ihnen, Herr Staatssekretär, wie man es mit einer Stunde Sozialkundeunterricht in der 10. Klasse der Realschule ermöglichen kann, die Zusammenhänge verständlich zu machen. Wie kann man den Schülern beibringen, kritisch Fragen zu stellen, und wie kann es ihnen ermöglicht werden, sich mit aktuellem Zeitgeschehen auseinanderzusetzen? Das kann man in einer Stunde wohl kaum schaffen. Das gilt gleichermaßen für die Gymnasien. Auch da muss man hinschauen.

Ich bin mir durchaus der Tatsache bewusst, dass politische Bildung nicht allein auf den Sozialkundeunterricht zu beschränken ist. Gleichwohl sollte man genau ansehen, ob das, was wir jetzt so schön formulieren, möglich ist.

Und noch etwas will ich gerne ansprechen. Wie sieht es mit der Sicht der Schüler aus? Ich nehme an, Herr Staatssekretär, dass auch Sie sich mit vielen Schülerinnen und Schülern unterhalten. Teilweise ist es erschreckend zu erfahren, was diese an politischem Wissen und Hintergrund haben. Auch darauf sollten wir den Fokus richten: Wie beurteilen junge Menschen selbst ihren Wissensstand, und wie weit können sie damit in Diskussionen bestehen?

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich glaube, auswendiglernen ist das eine, aber sich vertieft mit Themen auseinanderzusetzen und kritisch Fragen zu stellen ist das andere. Darauf würde ich mein Augenmerk richten. Ich fasse meine Frage noch einmal zusammen: Kann man in einer Stunde die Zusammenhänge wirklich erklären?

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Ich glaube, wir können dieses wichtige Thema nicht nur auf eine Stundendiskussion reduzieren. Es handelt sich vielmehr um eine fächerübergreifende und schulartübergreifende Aufgabe. Die Sozialkunde ist dabei ein wichtiges Leitfach, allerdings auch andere Fächer wie Geschichte, Religion oder Ethik.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ob es am Ende Sinn hat oder notwendig ist, Sozialkunde zu stärken, wird man sehen. Insgesamt möchte ich allerdings sagen: Nichts ist so gut, als dass man es nicht noch verbessern könnte. Diese Offenheit haben wir. Den Anspruch, das Bestmögliche zu bieten, haben wir auch. Insofern freuen wir uns auf die Diskussion, die dann eine gute Grundlage hat, wenn wir den entsprechenden Bericht vorlegen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Weil die Wartezeit noch nicht erfüllt ist, werde ich zunächst in einfacher Form über die Anträge abstimmen lassen, für die keine namentliche Abstimmung beantragt ist. Ich hoffe, dass dann die namentliche Abstimmung gleich angeschlossen werden kann.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Ich rufe zunächst den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/15170 auf. Wir haben hier einfache Abstimmung. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Nun rufe ich zur Abstimmung den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/15188 auf. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD-Fraktion, Fraktion der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/15171, 17/15172 und 17/15175 sowie 17/15189 mit 17/15191 werden an die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 16.03.2017 **Drucksache 17/16052**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Drs. 17/**15175**

Mindestlohn sicherstellen - engmaschige Kontrollen gewährleisten!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Bernhard Roos**
Mitberichterstatterin: **Christine Haderthauer**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 60. Sitzung am 16. Februar 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 55. Sitzung am 7. März 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 147. Sitzung am 16. März 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Erwin Huber
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 29.03.2017 **Drucksache** 17/**16230**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Kathi Petersen** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/**15175**, 17/**16052**

Mindestlohn sicherstellen – engmaschige Kontrollen gewährleisten!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf**:**

Abstimmung

über Europaangelegenheiten, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner gestrigen Sitzung die unter den Nummern 2 und 3 aufgeführten Subsidiaritätsangelegenheiten, Bundesratsdrucksachen 186/17 und 187/17 betreffend die gemeinsamen Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt bzw. deren Neufassung, beraten und empfohlen hat, die Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat auf Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen und darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden. Es sind dies die Drucksachen 17/16087 und 17/16088 sowie die Beschlussempfehlungen auf den Drucksachen 17/16128 und 17/16129. Die Beratung im Bundesrat ist für den kommenden Freitag vorgesehen. Die Beschlussempfehlung und das Abstimmungsverhalten der Fraktionen hierzu ist in der aufgelegten Liste aufgeführt.

Wir kommen zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
Hin zu einem positiven fiskalischen Kurs für das Euro-Währungsgebiet
COM (2016) 727 final
BR-Drs. 678/16
Drs. 17/15401, 17/16073

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen
zu den Nrn. 1 – 3 und Nrn. 5 – 6 der Stellungnahme (E)

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen
zu Nr. 4 der Stellungnahme (G)

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	ENTH

2. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Alex Dorow,
Dr. Martin Huber u.a. CSU,
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
Subsidiarität
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates
über den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung),
COM (2016) 861 final,
BR-Drs. 186/17
Drs. 17/16087, 17/16128 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	A

3. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Alex Dorow,
Dr. Martin Huber u.a. CSU,
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates
mit gemeinsamen Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt (Neufassung),
COM (2016) 864 final,
BR-Drs. 187/17
Drs. 17/16088, 17/16129 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	A

Verfassungsstreitigkeit

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 27. Februar 2017 (Vf. 4-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
   1. des § 1 Abs. 3 Nr. 1 der Verordnung der Landeshauptstadt München über das freie Umherlaufen von großen Hunden und Kampfhunden (Hundeverordnung) vom 26. Juni 2013 (Amtsblatt der Landeshauptstadt München 2013, 272),
   2. des Unterlassens der Landeshauptstadt München, in dieser Verordnung Bestimmungen zu anderen Hunden als großen Hunden und Kampfhunden zu treffen

   PII/G 1310.17-0003
   Drs. 17/16016 (E)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

   Der Landtag beteiligt sich nicht an dem Verfahren.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Anträge

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Kommunale Integrationszentren in Bayern einrichten
   Drs. 17/8419, 17/16029 (A)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Integration I: Bessere Unterstützung der Kommunen bei den Herausforderungen der Integration
Drs. 17/9053, 17/16030 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Integration II: Amt der Integrationsbeauftragten / des Integrationsbeauftragten unabhängig gestalten!
Drs. 17/9054, 17/15782 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Integration III: Tätigkeitsbericht des Integrationsbeauftragten der Staatsregierung
Drs. 17/9055, 17/15783 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Integration IV: Anhörung zur Weiterentwicklung des Bayerischen Integrationskonzepts
Drs. 17/9056, 17/15565

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der den Antrag für erledigt erklärt hat

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stellungnahmen zur Verbandsanhörung Bayerisches Integrationsgesetz veröffentlichen
Drs. 17/11324, 17/16069 (E) [X]

Auf Antrag der CSU-Fraktion:
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Aufklärung über Antibiotikaeinsatz in bayerischen Schweinehaltungen
Drs. 17/14689, 17/15865 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
S-Bahn Netz Nürnberg: Ausbaustufe 3 jetzt in Angriff nehmen I – Planungs- und Finanzierungsvereinbarung für Korridor Nord-Ost
Drs. 17/14693, 17/15849 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
S-Bahn-Netz Nürnberg: Ausbaustufe 3 jetzt in Angriff nehmen II – Korridoruntersuchung West neu überarbeiten
Drs. 17/14694, 17/15848 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Demokratie stärken, Politische Bildung fördern I – Sozialkunde ab Klasse 8 für alle Schülerinnen und Schüler
Drs. 17/14695, 17/16057 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Demokratie stärken, Politische Bildung fördern II – Mehr Gestaltungsspielräume für politische Bildung als fächerübergreifenden Auftrag
Drs. 17/14696, 17/16080 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Demokratie stärken, Politische Bildung fördern III –
Echte Mitbestimmung für Schülerinnen und Schüler
Drs. 17/14697, 17/16081 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Demokratie stärken, Politische Bildung fördern IV –
Demokratiebildung in der Lehrkräfteaus- und Fortbildung stärken
Drs. 17/14698, 17/16082 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Demokratie stärken, Politische Bildung fördern V –
Mehr Lehramtsstudierende für politische Bildung gewinnen
Drs. 17/14699, 17/16059 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Kathi Petersen, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD
Umsetzung der Gesundheitsregionen plus
Drs. 17/14772, 17/16035 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Tarifbeschäftigte der Bayerischen Polizei im Schicht- und Wechselschichtdienst
Drs. 17/14777, 17/15845 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

21. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD
Wissenschaftsstadt Nürnberg stärken –
Teil-Umzug der Tech-Fak nach Nürnberg sicherstellen!
Drs. 17/14784, 17/16063 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

22. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD
Hochschulentwicklungskonzept für Nürnberg
Drs. 17/15010, 17/16064 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	ENTH

23. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Qualität der bayerischen Milcherzeugnisse transparent und ehrlich darstellen – Kennzeichnung von Milchprodukten einheitlich regeln
Drs. 17/14826, 17/15866 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	ENTH

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Aufklärung und vernünftiges Wolfsmanagement statt Panikmache und Abschussforderungen
Drs. 17/15062, 17/16041 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. und Fraktion (CSU)
Umgang mit der Wolfspopulation in Bayern
Drs. 17/15063, 17/16042 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	A

26. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wolf in Bayern – Management voranbringen, Prävention fördern, Aufklärung betreiben
Drs. 17/15139, 17/16043 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

27. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Klimaschutz: Ambitionierte Ziele setzen und Maßnahmen in Bayern umsetzen
Drs. 17/15164, 17/16044 (A)

Auf Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER:
Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Mindestlohn sicherstellen – engmaschige Kontrollen gewährleisten!
Drs. 17/15175, 17/16052 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

29. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Klaus Adelt u.a. SPD
Überprüfung der Kreditvergabeprozesse bei der Bayerischen Landesbank
Drs. 17/15196, 17/16076 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

30. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Forschungsprojekt „Nano in Bayern – sicherer Umgang mit Nanomaterialien“
Drs. 17/15197, 17/15867 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

31. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer,
Robert Brannekämper u.a. CSU
Stellung, Aufgaben und Befugnisse der Gleichstellungsbeauftragten an den
bayerischen Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften
Drs. 17/15275, 17/16067 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

32. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer, Eric Beißwenger u.a. CSU
Rechtssicherheit für Ferkelerzeuger schaffen
Drs. 17/15277, 17/16045 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	ENTH

33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Franz Schindler u.a. und Fraktion (SPD)
Verordnung zum Krebsregistergesetz vorlegen!
Drs. 17/15330, 17/16036 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	ENTH

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Planungssicherheit am Gymnasium herstellen –
Brüche in der Schulzeit verhindern
Drs. 17/15331, 17/16058 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	ENTH

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU)
Biokraftstoffe in der Land- und Forstwirtschaft steuerlich weiter fördern
Drs. 17/15333, 17/16077 (E)

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

36. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD)
Nulltoleranz für den Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt – keine Gentechnik auf Bayerns Fluren durch die unzureichende Novellierung des Gentechnikgesetzes!
Drs. 17/15334, 17/16046 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

37. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD)
Bürgerbeteiligungsverfahren zur Zukunft der Europäischen Agrarpolitik konstruktiv gestalten – Expertenanhörung zur Entwicklung einer sozialen und nachhaltigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020
Drs. 17/15348, 17/16068 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

Die Fraktion FREIE WÄHLER hat beantragt, das Votum „Ablehnung“ zugrunde zu legen.

38. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Alexandra Hiersemann, Franz Schindler u.a. und Fraktion (SPD)
Abschiebungen nach Afghanistan
Drs. 17/15349, 17/16054 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

39. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Erkenntnisse der Expertenanhörung ernst nehmen – sofortiger Stopp des Gesetzgebungsverfahrens für ein Bayerisches Krebsregistergesetz
Drs. 17/15351, 17/16037 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	ENTH

40. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Markt für heimische Pflanzenöl- und Biodieseltreibstoffe wiederbeleben
Drs. 17/15352, 17/16074 (E)

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

41. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,
Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. und Fraktion (CSU)
Bayern weiterhin gentechnikanbaufrei!
Drs. 17/15353, 17/16048 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	A	A

42. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold,
Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD)
Stallpflicht für Geflügel infolge der Vogelgrippe –
keine Wettbewerbsverzerrung durch einheitliche Regelungen
und Einfordern der Solidarität des Lebensmitteleinzelhandels
Drs. 17/15354, 17/16049 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

43. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,
Gudrun Brendel-Fischer, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU)
Bayerische Geflügelhalter brauchen eine Lösung
Drs. 17/15355, 17/16050 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

44. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zur „Regionalen Kulturförderung“
Drs. 17/1809, 17/15818

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat

45. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Finanzierungskonzept des 2. S-Bahn-Stammstreckentunnels transparent darlegen und Finanzierung aller anderen Schienenverkehrsprojekte in Bayern sicherstellen
Drs. 17/13816, 17/16051

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

46. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Rechtzeitig notwendige Maßnahmen zum Schutz vor dem Wolf ergreifen!
Drs. 17/15031, 17/16040 (G) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses
für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	A

47. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Neue Risikobewertung bei Vogelgrippe: Maßnahmen unverzüglich analog zu Baden-Württemberg umsetzen, Geflügelpest-Verordnung anpassen
Drs. 17/15335, 17/16047 (A) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses
für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z